



15. August 1988
FRANKFURTER RUNDSCHAU

Flüchtlinge wie Aussiedler behandeln „Pro Asyl“ fordert gleiche Chancen

Ulrich Glauber

FRANKFURT A. M., 14. August. – Flüchtlingen müssen in der Bundesrepublik die gleichen Chancen gegeben werden wie Aussiedlern. Diese Forderung vertritt die Flüchtlingsorganisation „Pro Asyl“. Ihr Sprecher Herbert Leuninger begrüßte am Wochenende bei einem Treffen von rund 6.000 Exilerritern in Mühlheim am Main die große Bereitschaft zur Aufnahme der Aussiedler. Es gehe aber nicht an, daß die Bundesrepublik gleichzeitig ihre Grenzen für Asylsuchende schließe.

Leuninger befürchtet eine zunehmende Aushöhlung des Artikels 16 Grundgesetz, der das Asylrecht regelt. So habe das Oberverwaltungsgericht Koblenz im Fall eines Eritreers geurteilt, daß interne Verfolgung von Bevölkerungsgruppen durch den Staat kein Asylgrund seien, nach Leuningers Worten eine „Legitimation von Staatsterror“. Die Bundesregierung habe Erfolge in ihrem Bemühen erzielt, das Asylrecht möglichst restriktiv zu behandeln.

„Pro Asyl“ sieht jedoch auch positive Ansatzpunkte innerhalb der Union. So verweist Leuninger auf Äußerungen des hessischen Sozialministers, Karl-Heinz Trageser, Flüchtlingen aus Krisengebieten müsse aus humanitären Gründen auch dann der Aufenthalt in der Bundesrepublik ermöglicht werden, wenn sie nicht als Asylanten anerkannt seien.

Die Situation der Flüchtlinge in der Bundesrepublik werde zunehmend desolater, berichtete Ingrid Haller, Professorin an der Gesamthochschule Kassel. Sie betreut ein Modellprojekt der Stadt Kassel zur Arbeit mit afghanischen und eritreischen Flüchtlingen. Vor allem unter

Dokument: [Herbert Leuninger Archiv 2021 - www.herbert-leuninger.net](http://www.herbert-leuninger.net)

@2021 Die Seiten über Herbert Leuninger wurden von www.gruenehelden.de im Auftrag von ProAsyl erstellt.



Kindern an der Schwelle der Pubertät nähmen Selbstmorde und psychische Schwierigkeiten wegen ihrer Identitätsschwierigkeiten zwischen zwei Kulturen zu. Von den Flüchtlingen dürfe nicht die totale Anpassung verlangt werden. Sie müssten ihre kulturellen Ansätze einbringen können. Der Vorsitzende der Eritreischen Demokratischen Jugendorganisation, Tesfai Saleh, forderte deshalb auf dem Jahrestreffen in Mühlheim von der Bundesregierung ein Konzept der Flüchtlingsbetreuung, das auch das Recht auf kulturelle Selbstbestimmung berücksichtigt.
